

A5 05 Sozialer Zusammenhalt im Quartier

Gremium: WK-Schreibgruppe

Beschlussdatum: 11.12.2018

Tagesordnungspunkt: 3. Beschlussfassung über das Bezirkswahlprogramm 2019

Text

1 05 Sozialer Zusammenhalt im Quartier

2 Kinder- und Jugendarbeit

3 Das Kindeswohl hat, gerade in Hinblick auf vergangene Todesfälle in Hamburg-
4 Mitte, höchste Priorität. Als erste/ eine Konsequenz wurde der
5 Betreuungsschlüssel erhöht.

6 Wir plädieren dafür, dass die Fallzuständigkeit im Allgemeinen Sozialen Dienst
7 (ASD) stärker sozialräumlich organisiert wird. Ferner fordern wir eine
8 regelmäßige Information an die Politik über Personal- und Arbeitssituation aus
9 dem ASD.

10 Umstrukturierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit

11 Es ist auffällig, dass die Nutzung von Jugendhäusern in den vergangenen Jahren
12 rückläufig ist. Das kann verschieden begründet sein, u.a. durch
13 Vereinsaktivitäten und die Ganztagschulen. Die Offenen Kinder- und Jugendarbeit
14 (OKJA) muss verstärkt diverse gesellschaftliche Gruppen ansprechen und für
15 Austausch sorgen, damit sich die Präsenz von Jugendlichen, auch ohne
16 Migrationsgeschichte – hier insbesondere derer, die sich in prekären Lebenslagen
17 befinden –, und Jugendlichen mit Behinderungen in den Einrichtungen deutlich
18 erhöht. Nur so können Integration und Inklusion gelingen. Ebenso muss eine
19 stärkere Vernetzung von Angeboten der OKJA mit Schulen und Sportvereinen im
20 Quartier erfolgen.

21 Hilfen für Obdachlose

22 Die meisten Obdachlosen in Hamburg-Mitte leben in der Neustadt, Altstadt, auf
23 St. Pauli und in St. Georg. Laut der letzten Studie a.d.J. 2009 waren es ca.
24 1.000 Obdachlose, davon 6% Frauen. Im Vergleich dazu hat sich die Zahl der
25 Obdachlosen (neuste Studie 09/2018) auf ca. 2.000 verdoppelt, der Frauenanteil
26 sogar verfünffacht (30%). Rund 600 sind Deutsche, viele kommen aus Ost-Europa,
27 keine geringe Zahl leidet unter Alkoholismus. Wir fordern zu ihrer Unterstützung
28 medizinische und soziale Konzepte von der Politik und den Fachbehörden. Ebenso
29 bedürfen psychisch erkrankte Obdachlose therapeutischer Betreuung, deren
30 Konzeptentwicklung und Umsetzung wir einfordern.

31 Verbesserung der Kinderärztekinderärztlichen Versorgung

32 Am 12.06.2017 hat die Grüne Fraktion Hamburg-Mitte erfolgreich im Rauhen Haus
33 eine Veranstaltung zur defizitären Lage der Kinderärzte in Horn durchgeführt.
34 Wir werden weiter den Druck auf den Zulassungsausschuss für Ärzt*innen bei der
35 Kassenärztlichen Vereinigung ausüben, damit zukünftig mehr Haus- und
36 Kinderärzt*innen sowie Spezialist*innen möglichst fußläufig seitens der
37 Patient*innen vornehmlich in Hamburgs Osten erreichbar sind. Aber auch in

38 Hamburgs Süden, in Wilhelmsburg, besteht ein dringender Bedarf an medizinischen
39 Psychotherapeut*innen, deren Niederlassung vor Ort wir fordern.

40 Unterstützung der Seniorenbeauftragten

41 Wir fordern Planstellen im Arbeitsbereich der Seniorenbeauftragt*en, die sie bei
42 der Entwicklung von nachhaltigen und generationsübergreifenden Angeboten für
43 Senior*innen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Kultur, Sport, Digitalisierung
44 und Wohnen (Wohnungstausch) unterstützen. Darüber hinaus sind sehr viel mehr und
45 konkrete Angebote und Hilfen für Senior*innen mit Migrationsgeschichte nötig.
46 Wir fordern die Erhöhung der Fördermittel für Seniorentreffs, die – wie Anna's
47 Tagesstätte in Billstedt oder das Veringeck in Wilhelmsburg, das eine
48 Altentagesstätte, eine Demenz-WG mit ambulanter Betreuung und einen Hamam
49 umfängt – beispielhaft für ein gutes gesellschaftliches und soziales
50 Zusammenleben stehen. So benötigen die Seniorentreffs stärkere hauptamtliche
51 Unterstützungen, da Ehrenamtliche durch Überlastung häufig wegfallen.
52 Bürgerschaftliche Angebote sind bezirkliche Aufgaben und werden nicht
53 ausreichend bedient. Deshalb fordern wir, dass an dem Punkt Scharnierstellen
54 geschaffen werden.

55 Inklusive Gesellschaft

56 Die Hamburger Migrations- und Integrationsarbeit ist bundesweit vorbildlich, das
57 ehrenamtliche Engagement reißt nicht ab, auch nach 2017 nicht, wo ein Rückgang
58 der Zuflucht Suchenden zu verzeichnet wurde. Dennoch wird eine intensivere
59 Kommunikation und Kooperation zwischen Fachbehörden und Akteuren benötigt, um
60 Bedarfe zu eruieren und vorhandene Angebote zu optimieren. Hier sollte die
61 Politik stärker eingebunden werden, so bspw. beim Vergabeverfahren von
62 Fördermitteln, denn gerade kleineren, integrativ wirkenden Organisationen,
63 insbesondere Migrant*innenorganisationen, die sich auf ihre inhaltliche Arbeit
64 konzentrieren, fällt das zeitintensive und teils komplexe Antragsverfahren im
65 Rahmen ihres Ehrenamtes äußerst schwer. Dieses sollte vereinfacht oder
66 unterstützend begleitet werden. Um unser Integrationsleitbild mit Leben zu
67 füllen findet jährlich die Verleihung des Bürgerpreises hierzu statt. Außerdem
68 leisten wir wichtige Impulse zur Gestaltung der Integrationskonferenz.

69 Ein engeres Zusammenspiel von Kitas und Schulen direkt mit Einrichtungen von und
70 für Menschen mit Migrationsgeschichte gewährleistet, dass Angebot und Nachfrage
71 effektiv zusammen kommen.

72 Eine Art Verbund von integrativen Akteuren ermöglicht es, wie das PARITÄTISCHE
73 Kompetenzzentrum Migration (KomMig) zeigt, bei der Ansprache von Interessierten
74 und Betroffenen, dass Angebote die Zielgruppen bedarfsgezielt erreichen. Dieses
75 sollte ausgebaut und nachhaltig verstetigt werden.

76 Wir fordern zudem die Stärkung von Initiativen von und für Frauen, denn es hat
77 sich gezeigt, dass Einrichtungen zum Empowerment von Frauen aus diversen
78 Kulturen gesellschaftlich, bildungs- und berufsorientiert eine immens wichtige
79 Rolle spielen.

80 Wir verfolgen das Ziel der umfassenden Teilhabemöglichkeit von Menschen mit
81 Behinderungen an allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Zur Umsetzung der UN-
82 Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf Bezirksebene
83 wollen wir einen Inklusionsbeirat einrichten, wie es ihn zum Beispiel in
84 Eimsbüttel bereits gibt.

85 Verstärkte Anstrengungen in Geflüchtetenunterkünften

86 Wir fordern von den Fachämtern einen transparenten Informationstransfer darüber,
87 welche Maßnahmen inwieweit de facto in Unterkünften für Geflüchtete umgesetzt
88 werden. Zu dieser Art Erfolgsbilanz/ Evaluation gehört ebenso, welche
89 integrativen Angebote erfolgen und in welchem Umfang diese von den
90 Bewohner*innen angenommen werden. Um eine gesellschaftliche Orientierung für neu
91 Zugewanderte unterstützend zu beschleunigen, sollte – gerade im Hamburger Osten
92 – eine Ausweitung von Mentor*innen- und Pat*innenprojekten gestärkt werden.

93 Stärkung von Bürgerhäusern und Stadtteilkultur

94 Wir sind sehr froh darüber, dass unter GRÜNER Regierungsbeteiligung die Mittel
95 für Bürgerhäuser, Stadtteilkultureinrichtungen und Geschichtswerkstätten nach
96 vielen Jahren endlich wieder erhöht wurden. Kostensteigerungen durch
97 Tarifierhöhungen und höhere Betriebskosten konnten somit endlich abgedeckt
98 werden. Diese Einrichtungen leisten eine wichtige identitätsbildende Arbeit in
99 der Stadtteilen. Diese wollen wir weiterhin unterstützen.